

Judenhasser, Kommunisten, Klimafanatiker

Ein Dozent der Universität Bern feierte den Massenmord an israelischen Zivilisten. Auch sonst stösst man an der Uni auf Polit-Propaganda mit Linksdrall.

Philipp Gut

Es waren Schlagzeilen der unwissenschaftlichen Art, mit denen die Universität Bern ins Rampenlicht geriet: Auf das Massaker der Hamas, die am 7. Oktober Hunderte israelische Zivilisten abschlachtete, friedlich tanzende Menschen niedermetzelte, Geiseln verschleppte, reagierte Dr. Hassan Ashraf, Dozent am Institut für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften, mit dem Post: «Danke an die palästinensischen Widerstandskämpfer für das beste Geschenk an meinem Geburtstag und «Shabat Shalom».» Die Aussage war an menschenverachtendem Zynismus nicht zu überbieten.

Umso erstaunter nahm die Öffentlichkeit zur Kenntnis, dass sich die Institutsleiterin, Prof. Dr. Serena Tolino, schützend vor ihren Mitarbeiter stellte. Sie erkenne darin «keine antisemitische Intention». Ein zweites und drittes Mal staunte die Öffentlichkeit, als sie erfuhr, dass Tolino nicht nur die Vorgesetzte, sondern auch die Ehefrau von Ashraf ist. *Säuhäfeli, Säudeckeli.*

Was ist da los am Institut für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften? Was ist da los an der Uni Bern?

«Limitierte europäische Sichtweise»

Die Entgleisung Ashrafs und der Flankenschutz durch die Verantwortliche kommen nicht ganz aus dem Nichts. «Auf allen Studienebenen ermutigen wir die Studierenden, die Region aus einer postkolonialen Perspektive zu betrachten und die Grenzen der weitverbreiteten und limitierten europäischen Sichtweise auf die Region zu überschreiten», verkündet das Institut. Dass diese Grenzüberschreitungen so weit gehen würden wie im Fall Ashraf, ist dann doch ein starkes Stück.

In einem Mitte Juni geführten Interview sagte Tolino, auch ihr sei nicht bewusst gewesen, «wie konkret das islamische Recht in der Schweiz manchmal angewendet wird – zum Beispiel auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts». Nun könnte man sich denken, dass eine Universitätsprofessorin, die vom Geld der Steuerzahler lebt, sich dafür einsetzt, dass in der Schweiz der Schweizer Rechtsstaat gilt. Fehl-



Es war einmal eine Institution.

zeige. «Wenn etwa aus dem Nahen Osten zugewanderte Menschen, die nach islamischem Eherecht verheiratet sind, hierzulande eine familienrechtliche Auseinandersetzung haben, müssen Richter*innen in der Schweiz unter Umständen islamisches Recht anwenden», erklärt sie. Um dem Rechnung zu tragen, habe sie einen interdisziplinären Kurs «sowohl für Jus-Studierende wie für angehende Islamwissenschaftler*innen» organisiert.

Im selben Interview sagte Tolino: «Das Grundproblem aus feministischer Sicht ist nicht der Koran, sondern die patriarchale Interpretation

Was ist da los am Institut für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften?

der Texte, die von den männlichen Eliten festgeschrieben wurde.» Und sie forderte: «Man sollte den Blick auf den Islam normalisieren.» Das kann man so sehen, bloss fragt sich: Wie soll das gelingen, wenn ihr engster Mitarbeiter

und Ehemann den Massenmord an wehrlosen jüdischen Menschen in aller Öffentlichkeit als «bestes Geschenk an meinem Geburtstag» feiert? Und wenn sie selbst darin keine Verfehlung und «keine antisemitische Intention» erkennt?

Gastrecht für Feinde der Demokratie

Das Institut für Studien zum Nahen Osten und zu muslimischen Gesellschaften ist nicht die einzige Institution mit Verbindungen zur Universität Bern, die auf die Hamas-Morde mit einem verbalen Tiefschlag gegen Israel reagierte. Mit radikalen antiisraelischen Statements fällt auch die International Marxist Tendency (IMT) auf, eine kommunistische Kampforganisation, die verschiedene Ableger in der Schweiz hat. Bei «Vergeltungsbombardements» seien bereits Hunderte von Palästinensern getötet und Tausende verletzt worden, schreibt die IMT. Über die Opfer des Hamas-Terrors, der Israels Selbstverteidigungsreaktion erst auslöste, verliert sie hingegen kein Wort. Vielmehr ruft sie unverblümt zum vernichtenden Angriff auf Israel auf: «Für einen Massenaufstand gegen die Besatzung, auf

beiden Seiten der grünen Linie. Intifada bis zum Sieg!»

Noch am 3. Oktober, vier Tage vor dem Massaker und dem mit jüdischen Leichen versüßten Geburtstag von Dr. Ashraf, genoss die International Marxist Tendency Gastrecht an der Uni Bern. Im Raum 121 F der Unitobler führte sie eine Veranstaltung durch mit dem Titel: «Klima: Für eine sozialistische Planwirtschaft». Der Kapitalismus könne die Klimakrise nicht aufhalten, heisst es im Einladungsschreiben. Er sei «als System» dafür verantwortlich. «Das einzige System, welches den Kampf gegen die Klimakrise effektiv angehen kann, ist eine demokratische Planwirtschaft, der Kommunismus.» Deswegen gelte es, zu diskutieren, «wie man die Planwirtschaft und den Kommunismus aufbauen kann».

Als wäre man bei Greenpeace

Auch die Universität Zürich stellte ihre Räumlichkeiten den Klassenkämpfern für deren antidemokratische Umtriebe zur Verfügung. Am 30. August fand im Raum KO2-F-153 der Uni Zürich Zentrum die Veranstaltung «Russische Revolution: von den Bolschewiki für heute lernen» statt. Wer heute Kommunist ist, müsse «von den Bolschewiki lernen, denn von den Bolschewiki lernen heisst siegen lernen».

Zur Erinnerung: Im russischen Bürgerkrieg starben zwischen sieben und vierzehn Millionen Menschen. Unter den Toten der vom roten Terror und von Hungersnöten geprägten Revolutionsjahre waren mehrere Millionen Zivilisten. Allein der Geheimpolizei Tscheka fielen bis 1922 zwischen 250 000 und eine Million Menschen zum Opfer – durch Erschiessungen, Folter und Einweisung in Konzentrationslager. Man stelle sich den – zu Recht erfolgenden – Aufschrei vor, wenn eine rechtsextreme Organisation an einer Schweizer Universität tagen und dazu aufrufen würde, «von den Nationalsozialisten für heute zu lernen». Bei den Linksextremen drücken die Universitäten beide Augen zu – und niemanden kümmert's.

Ein Schuft, wer Böses dabei denkt: Aber man fragt sich schon, wie es möglich ist, dass solche Fälle an Schweizer Unis überhaupt auftreten können. Sicher ist, um beim Beispiel der Bundesstadt zu bleiben: Die Universität Bern ist in vielerlei Sparten zu einem linkslastigen Politaktivismus übergegangen, der mit Wissenschaft nur noch am Rande zu tun hat.

Stichwort «Klima»: «Wie schädlich fürs Klima sind Subventionen?», fragt eine interdisziplinäre Berner Tagung. Konkret will sie wissen, ob es «Reformen bei den staatlichen Anreizen» brauche, «um bis 2050 das Netto-null-Ziel zu erreichen». Dabei geht es den Veranstaltern nicht etwa darum,



Rechtsberatung für Klima-Seniorinnen, die gegen die Schweiz klagen: Rektor Leumann, Professorin Tolino, Professor Mona (v. l.).

die Milliardensubventionen im Rahmen des neuen Klimaschutzgesetzes zu hinterfragen, sondern im Gegenteil Kritik an Zahlungen zu üben, die «Entwicklungen fördern, welche die Treibhausgasemissionen in der Schweiz erhöhen».

Besonders stolz ist die Uni Bern auf eine weitere politische Intervention: Sie berät die Klima-Seniorinnen, die gegen die Schweiz klagen und auf dem Rechtsweg einen noch strengeren Klimaschutz durchboxen wollen. «In diesen Fall, der international für grosse Aufmerksamkeit sorgt, bringen sich auch Forscherinnen und

Bekannt ist, dass praktisch über allem universitären Tun und Lassen die Gender-Göttin schwebt.

Forscher der Universität Bern mit ihrer Expertise ein», jubelt die Uni. Das beteiligte Oeschger Centre for Climate Change Research (OCCR) nennt die fragwürdige Unterstützung der Klima-Seniorinnen unbescheiden eine «herausragende Gemeinschaftsarbeit».

Einwanderung für alle

Weitere Beispiele finden sich zuhauf. Wer vergangene Woche auf der Uni-Website die Rubrik «Forschung» anklickte, konnte den Eindruck erhalten, direkt bei Greenpeace oder bei Helvetas gelandet zu sein – mit Projekten zu «Biodiversität», «Klima», «Forschungszusammenarbeit» oder «Nachhaltigkeit». Illustrationen einschlägiger Texte werden gern mit alarmistischen Legenden versehen («Menschen am Genfersee in der Schweiz während der Hitzeperiode 2018, die weite Teile Europas betraf»). Auch der wissenschaftliche Nachwuchs wird auf den Klima-Hype eingeschworen, so findet im kommenden September eine weitere Ausgabe der Klima-Sommer-Schule in Grindelwald statt («Von den Anfängen des Anthropozäns zu Optionen für die Zukunft»).

Eine offenkundige politische Schlagseite ist auch an anderen Instituten zu beobachten. Rechtsprofessor Martino Mona fordert ein Einwanderungsrecht für alle, während der Historiker Christian Gerlach über die «Geschichte

der «europäischen» Migrationsabwehr, «antikommunistische Verfolgungen im 20. Jahrhundert» oder «Gross-Kapitalakkumulation in Osteuropa seit 1989» doziert. Auf der Startseite des Historischen Instituts prangt derweil der Slogan «We stand with Ukraine» (denkbar für eine Schweizer Hochschule wäre ja auch: «Wir bleiben neutral»).

Bekannt ist, dass praktisch über allem universitären Tun und Lassen die Gender-Göttin schwebt: Sie steuert nicht nur den politisch

korrekten und orthografisch inkorrekten Sprachgebrauch («Gymilehrer*in»), sondern auch Geldflüsse, Stipendien und Karrieren. Gleich mehrere Gremien befassen sich an der Universität Bern ausschliesslich mit Gender- und Gleichstellungsfragen: So gibt es eine «universitäre Kommission», eine Abteilung für Gleichstellung sowie weitere solcher Büros an den Fakultäten. Darüber hinaus hat die Uni Bern ein eigenes Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung aufgebaut. Auch Serena Tolino («keine antisemitische Intention») ist Genderbeauftragte.

Da erstaunt es nicht weiter, dass die Uni – zusätzlich mit Millionen vom Schweizerischen Nationalfonds alimentiert – im grossen Stil eine Art Wissenschaftsentwicklungshilfe leistet, indem sie Steuergeld für «Forschungspartner aus Ländern mit begrenzten Ressourcen» zur Verfügung stellt. Dabei wird beispielsweise untersucht, wie kolumbianische «Frauen als Unternehmerinnen Krisen bewältigen» oder wie in Simbabwe die «Versorgungslücke bei der Behandlung von Depressionen» geschlossen werden kann. Noch Fragen?

HORW-FELMIS-OBERRÜTI zu verkaufen:

Im sehr beliebten Gebiet Oberrüti, erleben Sie einen herrlichen Rundblick auf See und Berge. Hier erwartet Sie eine exklusive moderne Villa, 7,5-Zimmer mit über 350 m² Wohnfläche und 700 m² Grundstück. Kaufpreis CHF 6 Mio. Kontakt: info@ybc-kaufmann.ch

ILONA KAUFMANN



Real estate is my passion